

„Wir behandeln keine Kinder“

Trans-Teenager. Der Leiter einer Beratungsstelle für Trans-Jugendliche erklärt, warum er die Debatte für „haarsträubend“ hält und wann Brust-Amputationen bei unter 18-Jährigen geboten sein können.

K

Interview

Von Christian Böhmer

Werden Teenager, die sich als transsexuell empfinden, zu leichtfertig in Maßnahmen wie Brust-Amputationen (Mastektomien) getrieben?

Der KURIER hat vor einem Monat Ex-Abgeordnete Faika El-Nagashi interviewt, die wegen des Themas mit den Grünen brach; und er hat Selbsthilfegruppen von Eltern zu Wort kommen lassen, die ein Schutzalter fordern.

Johannes Wahala, Leiter der LGBTIQ-Beratungsstelle Courage, hat im Standard von einer „haarsträubenden Debatte“ gesprochen. Im KURIER erklärt er, warum er das so sieht und ein Schutzalter für unter 25-Jährige für nicht geboten hält.

KURIER: Herr Wahala, bei transsexuellen Jugendlichen wird der „affirmative“ Behandlungspfad befürwortet. Ist es nicht problematisch, wenn sich Jugendliche als „trans“ einschätzen und Therapeuten dies nur „affirmativ“, also bejahend, begleiten und nicht hinterfragen?

Johannes Wahala: Wäre es so, hätten wir tatsächlich ein Problem. Der affirmative Ansatz, den wir in der Beratungsstelle Courage vertreten, meint etwas anderes. Er meint, dass wir die Situation der jungen Menschen ganzheitlich betrachten und im Vertrauen gemeinsam ihre Situation explorieren. Jugendliche, die sich als queer oder transgeschlechtlich erleben, haben oft Erfahrungen von Unverständnis und Ausgrenzung. Affirmativ heißt definitiv nicht, dass wir als Therapeuten nichts hinterfragen. Das wäre unprofessionell.

Demnach können Therapeuten auch feststellen, dass bei Jugendlichen keine Geschlechtsdysphorie vorliegt?

Ja, das kann sein. Einer meiner Ausbilder hat einmal gesagt: Als Therapeut muss



Demo für Trans-Rechte: Mit der Popularität von Social Media hat auch die Debatte um die Geschlechtsidentität zugenommen.

man auch Spielverderber sein können. Es ist unsere verdammte Pflicht, genau hinzuschauen, in welchem Verhältnis eine mögliche Transgeschlechtlichkeit zu Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen stehen.

Genau das bezweifeln Standardskollegen und Selbsthilfegruppen. Ihre Einschätzung ist die: Teenager werden in die Transition, in den Wechsel, gestoßen.

Dazu kann ich nur sagen, dass es in Österreich klare Behandlungsempfehlungen und eine mehrstufige Diagnostik gibt. Ehe medizinische Eingriffe bei Jugendlichen erfolgen dürfen, müssen drei Fachexperten – ein Therapeut, ein Psychiater und ein klinischer Psychologe – feststellen, dass eine Geschlechtsdysphorie vorliegt. Ist dies nicht der Fall,

erfolgt die Behandlung nicht nach professionellen Kriterien.

Ist die Pubertät nicht grundsätzlich eine Phase, in der man keine irreversiblen Eingriffe wie Brustamputationen machen sollte?

Eines vorweg: Wir behandeln keine Kinder. Jugendliche unter 14 werden nicht auf eine Geschlechtsdysphorie therapiert, hier sagen wir zu den Eltern: Das ist zu früh. Bei älteren Jugendlichen haben wir genaue Behandlungsrichtlinien erarbeitet, klar ist auch: Was wir tun, passiert in der Regel in Zusammenarbeit mit Eltern oder Bezugspersonen.

Wäre es analog zum Sterilisationsverbot für unter 25-Jährige nicht sinnvoll, bestimmte Eingriffe erst später zu machen? Kann eine 18-Jährige wirklich abschätzen,

welche Konsequenzen eine Brustamputation hat?

Bei einer Störung der Geschlechtsidentität reden wir von sehr wenigen Menschen, so 0,7 bis 0,8 Prozent der Bevölkerung. Wenn sich ein Bursche über viele Jahre als Frau fühlt und schwer unter einer deutlichen Geschlechtsdysphorie leidet, kann eine Behandlung bereits vor dem 18. Lebensjahr angezeigt sein, um das massive Leiden zu lindern. Ansonsten hat er durch die Hormone, die sein Körper absondert, eine Vermännlichung zu erleben, unter der er ein Leben lang leidet. Was folgt, wäre ein Leben voll Anfeindungen, Diskriminierungen etc. Als Experte will ich dafür nicht verantwortlich sein. Deshalb kann es in bestimmten, klar definierten Fällen geboten sein, medizinisch einzugreifen.

Wie können Sie sicher sein, dass ein 17-Jähriger nicht einfach seine Sexualität erkundet und am Ende vielleicht gar nicht trans ist?

Wenn standardisierte Tests professionell gemacht werden, wird alles abgeklärt: Persönlichkeitsstruktur, Belastungen, allfällige Autismen etc. Kommt ein Jugendlicher zu uns und sagt: „Herr Wahala, ich will nur die Papiere für eine Hormonbehandlung“, dann weisen wir ihn auf den notwendigen Behandlungsprozess. Lässt er sich nicht darauf ein, können wir ihm leider nicht behilflich sein. Eine Geschlechtsdysphorie lässt sich nicht im Schnellverfahren ermitteln. Um auf die Frage zurückzukommen: Unsere Diagnose-Trefferquote ist sehr hoch. In 30 Jahren habe ich keinen einzigen Jugendlichen betreut, der in die De-Transi-

tion gegangen ist. Wir haben Jugendliche, die im Zuge der Therapie erkennen, dass sie keine Transition brauchen. Auch das halte ich für einen Erfolg der Behandlung.

Die Uni Oxford hat erst im Februar ein Paper publiziert, aus dem hervorgeht, dass es selbst operierten Menschen mit Geschlechtsdysphorie nicht nachweislich besser, sondern eher schlechter geht. Beeindrucken Sie solche Studien nicht?

Das entspricht nicht dem, was ich in meiner 30-jährigen Erfahrung erlebt habe. Ich habe, wie gesagt, keinen einzigen jungen Menschen erlebt, der in eine De-Transition gehen wollte. Was ich erlebe, sind junge Menschen, die durch die psychotherapeutische Behandlung gute Lebensperspektiven entwickeln.



Zur Person

Johannes Wahala (* 1955) war ursprünglich Theologe und Religionspädagoge. Er feierte Gottesdienste für lesbische und schwule Menschen und forderte die Anerkennung von Homosexualität als Schöpfungsvariante. Wegen dieses Engagements wurde er 1997 abgesetzt, aber nicht ganz aus dem Klerikerstand ausgeschlossen. Später ließ er sich zum Psychotherapeuten ausbilden. Heute ist Wahala als Sexualtherapeut, Coach und Pädagoge tätig. Er leitet die Beratungsstelle Courage und ist Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Sexualwissenschaften.

Für freie Dienstnehmer gelten ab 2026 neue Kündigungsregeln

Arbeitsbedingungen. Ministerin Schumann verkündet neue Regeln. Kollektivverträge für freie Dienstnehmer künftig möglich.

Von Michael Hammerl

Freie Dienstnehmer, darunter beispielsweise viele Essensboten, sollen künftig rechtlich besser abgesichert sein. Zumindest dann, wenn es der Arbeitgeber will. Eine entsprechende Regelung, die auch im Regierungsprogramm verankert ist, hat Sozialministerin Korinna Schumann (SPÖ) am Montag via Aussendung verkündet. Worum geht es konkret?

Für die 42.000 freien Dienstnehmer in Österreich gelten derzeit keine verbindlichen Mindeststandards. Im Gegensatz zu fast allen ande-



Sozialministerin Schumann will freie Dienstnehmer absichern.

Mindestgehalt garantieren. Neu ist: Ab 2026 können freie Dienstnehmer zumindest in Kollektivverträge eingebunden werden.

dingungen freier Dienstnehmer sorgte zuletzt die Ankündigung des Essenszustellers Lieferando, seine angestell-

tenen Fälle haben den dringenden Handlungsbedarf verdeutlicht und die Notwendigkeit von Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Rechten unterstrichen“, so das Ministerium.

Kündigungsfrist

Nach dem neuen Regelwerk soll für freie Dienstnehmer zudem ab 1. Jänner 2026 eine Kündigungsfrist von vier Wochen gelten. Ab dem zweiten Dienstjahr erhöht sie sich auf sechs Wochen. Im ersten Monat der Beschäftigung kann eine Probezeit vereinbart werden, in der das Dienstverhältnis von beiden Seiten

ben noch beschränkt werden“, so das Ministerium. Für den Dienstnehmer günstigere Regelungen sind aber zulässig. Eine Auflösung des Dienstverhältnisses ist von beiden Seiten zum 15. eines Monats sowie zum Monatsende möglich.

Auf aufrechte Dienstverträge mit bestehenden vertraglichen Kündigungsregeln haben die neuen Regeln keinen Einfluss. Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl sieht in den neuen Regeln einen „wichtigen Schritt in Richtung fairerer Arbeitsbedingungen“.

mannsdorfer (ÖVP) angestossen hat, äußerte sich Schumann am Montag im Ö1-Mittagsjournal.

Schumann verweist wiederholt darauf, dass vor allem Frauen Teilzeit arbeiten würden. Und: „Es gibt 82.000 Frauen, die sich freuen würden, die gerne mehr Stunden oder Vollzeit arbeiten würden.“ Schumanns Idee, die allerdings nicht im Regierungsprogramm steht: Arbeiten Personen in Teilzeitbeschäftigung über mehrere Monate hinweg, beispielsweise drei Monate, regelmäßig länger, soll ihnen ein Recht „auf das An-